

Greiz: "Verwaltungs-Busse" für ländliche Gebiete gefordert



Willkommen in Greiz. Foto: Archiv/Christian Freund

Sozialdemokratischen **Bundestagswahlkreis-Direktkandidaten Dr. Nikolaus Dorsch** in Greiz vorgestellt.

Greiz. Während eines Pressegespräches in Greiz hat Heike Taubert, Vorsitzende der Greizer Landkreis-SPD, den sozialdemokratischen Bundestagswahlkreis-Direktkandidaten Dr. Nikolaus Dorsch vorgestellt. Es sei gestern sein erster offizieller Termin in Greiz gewesen, hieß es, viele Begegnungen mit den Einwohnern des Landkreises sollen noch folgen. "Von Residenz zu Residenz" könnte das Motto heißen, spielte Taubert scherzhaft auf den Fakt an, dass Dorsch in Altenburg zu Hause ist.

"Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftsförderung" nannte der Bundestagskandidat als Hauptanliegen. Zur Wirtschaft gehöre für ihn auch die Landwirtschaft, stellte er klar. Taubert und Dorsch waren sich einig, dass die SPD für einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindeststundenlohn von 8,50 Euro eintreten sollte. "Der Mindestlohn ist ein entscheidender Standortfaktor für Ostthüringen, und das ist jetzt keine sozialpopulistische Forderung", sagte der Geschäftsführer eines sozialwirtschaftlichen Unternehmens vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in der Region.

Die Debatte um die Kreisgebietsreform im östlichen Zipfel Thüringens verfolge er mit Interesse, sagte Dorsch. Seinem Eindruck nach werde da noch zu wenig über die Reform der Verwaltung diskutiert. Deren Strukturen müssten auf alle Fälle auch für jene Bürger erreichbar bleiben, die kein Internet haben und nicht mobil sind. Dorsch regte "mobile Verwaltungseinheiten" an bzw. "Verwaltungsbusse", die die Gemeinden anfahren. Aus seiner bundespolitischen Sicht sei auch eine Fusion der mitteldeutschen Bundesländer "ernsthafte Gedanken" wert. "Aber vor 2050 erwarte ich das nicht", sagte Dorsch.

Marius Koity / 05.02.13 / OTZ